

Adorfer Wochenblatt.

Mittheilungen

über örtliche und vaterländische Angelegenheiten.

Sechzehnter Jahrgang.

Preis für den Jahrgang bei Bestellung von der Post: 1 Thaler, bei Bestellung des Blattes durch Botengelegenheit:
22 Ngr. 5 Pf.

N^o 6.

Mittwoch, 5. Februar

1851.

Drei Tage aus dem Leben eines sächsischen Volksvertreters.

Noch ein Nachtrag zu dem Landtag des Jahres 1849.

Je gewisser der sog. Unverstandslantag einen ganzlichen Wendepunkt in unseren Verhältnissen hervorrief, um so nöthiger scheint es, noch einige Augenblicke bei demselben zu verweilen; theils um unser hartes Urtheil über denselben weiter zu begründen, theils auch, um die Stellung der Parteien und ihre politischen Ansichten namentlich in der deutschen Frage, noch schärfer zu beleuchten. — Die Männer, welche damals in und außerhalb der Kammer den Ueberstürzungen der radicalen Partei entgegentraten und die man damals die Conservativen oder die Rechte nannte, gehörten zum größten Theil der freisinnigen Mittelpartei an, welche man jetzt sehr gern mit dem Namen der Parlamentsdemokraten belegt; umgekehrt finden wir jetzt in sog. conservativen Kreisen Ansichten vertreten, die wir damals nur auf den Bänken der äußersten Linken zu hören gewohnt waren. Darum gestatte man uns noch einige Nachträge.

Es war am 20. Januar, als in der zweiten Kammer die deutsche Oberhauptsfrage zur Sprache kam. In Frankfurt hatte nämlich damals die Ansicht die Oberhand gewonnen, daß Deutschland, mit Ausschluß Oesterreichs, sich unter Preußens Oberhoheit zu einem engern Verbande vereinigen müsse. Das war ein Resultat, wie es den Radicalen, welche durchaus eine republikanische Lösung der Frage verlangten, durchaus nicht zusagte. Hatten sie daher früher, wo es noch schien, als ob ihre Ansichten durchdringen würden, die Ansicht aufgestellt, daß es nicht erst noch von den einzelnen Landesvertretungen abhängen könne, ob sie die Frankfurter Beschlüsse annehmen wollten oder nicht (man vergleiche die in Nr. 4. erwähnte Erklärung Tzschirners und Genossen): so behaupteten sie jetzt umgekehrt, daß diese Beschlüsse erst der Zustimmung der einzelnen Regierungen und Landesvertretungen bedürften; und es ließen sich sogar mehrere Frankfurter Nationalvertreter jetzt in die einzelnen Ständeversammlungen wählen, um dort in diesem Sinne zu wirken und

somit dem Inslebentreten der projektirten deutschen Gesamtverfassung nunmehr auf anderem Terrain ihren Widerstand entgegen zu setzen und solche wo möglich nicht zur Ausführung kommen zu lassen. Freilich hätten sie dies füglich den Regierungen überlassen sollen, welche sie auch später dieser Bemühungen bereitwillig überhoben; allein die Herren sahen nun einmal nicht ein, daß das Jahr 1848 vorüber war und daß sie durch ihre thörichten Ueberstürzungen nur immer mehr der Reaction in die Hände arbeiteten. Später, als sie ihren Irrthum einsahen, ergriffen sie nun zwar wieder Partei für die erst so geschmähte Reichsverfassung, aber nun wollte ihnen vollends Niemand mehr glauben, was sie eben selbst erst bestritten hatten: daß nämlich die einzelnen Staaten den Frankfurter Beschlüssen sich ohne Weiteres zu unterwerfen hätten. —

Doch wir wollten ja unsere Behauptungen durch einzelne Thatsachen belegen. Hier sind sie! So sprach Schaffrath am genannten Tage von der „verrotteten“ Kaiseridee und beantragte die Erklärung: daß man einen Präsidenten an die Spitze Deutschlands gestellt wissen wolle und jede andere nicht wahrhaft demokratische Lösung der deutschen Oberhauptsfrage als eine unheilvolle betrachte; ja Tzschirner, v. Trützschler und Gen. wollten sogar die neu zu begründete Verfassung nur dann „genehmigen“, wenn an die Spitze entweder ein Vollziehungsausschuß oder ein Präsident trete, und sie mutheten der Regierung zu, in gleichem Sinne sich auszusprechen; denn — sagte Tzschirner — man habe die Revolution nicht gemacht, um zu den 34 Fürsten noch einen 35ten hinzu zu bekommen. Meinel führte gegen die Erblichkeit des Oberhauptes an, daß ja sein Schullehreramt auch nicht erblich in seiner Familie sei. (?) Schick und Hähnel (von der Rechten) erklärten dagegen Preußens Hegemonie noch für den einzigen Weg zum Ziele. Schaffrath: Preußen an die Spitze stellen, heiße alle Staaten preussisch machen. Benseler schmäht unter großem Applaus den Prof. Biedermann, „diesen untreuen Sohn des sächsischen Vaterlandes.“ Tzfel: „Wir wollen keinen Kaiser und am wenigsten den König von Preußen.“ Mayer „will keine Männer, die im Champagnerau-